

uniterre



MAI 2024
№ 2 69. JAHR

WWW.UNITERRE.CH

ES GROLLT
landauf landab

EINKOMMENSITUATION
Überfällige Schritte

ÖKOLOGIE UND LANDWIRTSCHAFT
Aufräumen mit Mythen

BLICK EINES HISTORIKERS
auf die Aufstände der Bäuerinnen und Bauern

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG



RAUS AUS DER SACKGASSE

EDITORIAL

MARTINE GERBER

BÄUERIN, ABGEORDNETE IM GROSSRAT WAADT
UND VORSTANDSMITGLIED UNITERRE

Unsere europäischen Nachbar*innen sind seit mehreren Monaten wütend. Dass der Groll auch hierzulande spürbar ist, ist ganz normal. Das Hofsterben, der Sinnverlust bäuerlicher Arbeit, die Freihandelsabkommen, immer mehr administrative Arbeit, der widersprüchliche Anspruch, billig produzieren zu wollen und gleichzeitig natürliche Ressourcen zu schonen, die Margen der Grossverteiler, der Klimawandel... Die Liste ist lang, und die Gründe, warum wir wütend sind, wollen geteilt sein!

Die Investitionen zur Steigerung der technischen Effizienz haben der Landwirtschaft während einigen Jahrzehnten zwar wirtschaftliche und soziale Vorteile gebracht. Trotzdem ist klar, dass diese Effizienz auch die natürlichen Ressourcen belastet, zu einer Verarmung der Produktionsgrundlagen geführt hat und die Landwirtschaft so in die Fänge der globalisierten Wirtschaft geraten ist.

Unsere Wut ist deshalb mehr als legitim. Sie muss jetzt Antrieb sein, um diese Situation zu verändern. Wir müssen die Ursachen der Probleme an der Wurzel bekämpfen, mit mehr Transparenz und Weitsicht, ohne aber dabei einen Sündenbock zu suchen. Es gibt genug Gründe, um breit zu mobilisieren und über Gräben hinaus zu handeln. Ernährungssouveränität anstreben und dabei gegen den Verlust der Biodiversität ankämpfen und Preise fordern, welche die Produktionskosten decken und die Agrarpolitik stabilisieren: Das müssen unsere Prioritäten sein!

Mir scheint, dass in den vergangenen 50 Jahren die Bevölkerung und mit ihr die politischen Vertreter*innen es verpasst haben, den Zusammenhang zwischen Nahrungsmittel- und Umweltressourcen sowie landwirtschaftlichen Ressourcen herzustellen. Die Akteure der globalisierten Wirtschaft haben – ohne dass wir es gemerkt haben – am Abbau kurzer Kreisläufe und lokaler Produktionsketten gearbeitet. Nur so konnte es zu diesem absurden Gegensatz von Natur und Landwirtschaft, zu einem Gefühl des Sinnverlustes und der mangelnden Anerkennung unserer Arbeit kommen. Doch eine Fatalität ist das nicht.

Wagen wir zu fragen: Wer hat ein authentisches Interesse daran, unsere Landwirtschaft zu verteidigen, und wer möchte vielmehr ihre Spaltung vorantreiben? Glauben Sie nicht, dass der Moment gekommen ist, um dieser verhängnisvollen Flucht nach vorn ein Ende zu setzen?

Ich möchte mit den Worten von José Bové schliessen, dem Mitgründer der Confédération paysanne: «Bäuerinnen und Bauern brauchen ein faires Einkommen und Anerkennung – sie ertragen es nicht, Spielball von Freihandelsabkommen zu sein.» •

"UND WAS MEINT IHR?"

Was sagen unsere Mitglieder zu den Demonstrationen? In den Kästchen haben wir einige Meinungen veröffentlicht. Gerne könnt ihr uns auch eure Gedanken schreiben.

FOKUS: DIE REVOLTEN IN DER SCHWEIZ UND IN BRÜSSEL

Die ersten Monate des Jahres 2024 waren von zahlreichen bäuerlichen Protesten in einer Vielzahl von Ländern geprägt. Nach Mobilisierungen in mehreren EU-Ländern erreichten die Proteste auch die Hauptstadt: Am 1. Februar demonstrierten mehrere hundert Bäuerinnen und Bauern der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) sowie rund 30 zivilgesellschaftliche Organisationen auf dem Place de Luxembourg in Brüssel.

« DER AUSGANGSPUNKT IST IMMER... »

INTERVIEW MIT JEAN THÉVENOT,
BAUMSCHULBESITZER UND SETZLINGSZÜCHTER IM BASKENLAND

GEFÜHRT VON KATHARINA SCHATTON, SEKRETÄRIN UNITERRE

Das wir auch in der Schweiz (wieder) eine bäuerliche Bewegung entstehen sehen, ist dem europäischen Impuls zu verdanken, der den Boden bereitet hat. Die Forderungen unserer europäischen Kolleg*innen ähneln unseren: Schluss mit den Freihandelsverträgen, mehr Regulierung den Märkten durch Mindestpreise für Agrarprodukte, Verringerung des bürokratischen Aufwands für die Bäuer*innen und eine gerechte Entlohnung für die ökologischen Anstrengungen!

JEAN THÉVENOT IST BAUMSCHULBESITZER und Setzlingszüchter auf einer kleinen Parzelle von ca. 1 ha in Sauguis im Baskenland. Er ist Mitglied der Confédération Paysanne und der ECVC-Jugendgruppe und regelmässig an internationalen Arbeitsgruppen teil, z.B. zu den Themen Politik, Handel oder Klimagerechtigkeit.

Jean, wo siehst du die Wurzeln der bäuerlichen Wut?

Der Kern des Problems ist nicht neu: Es geht um die Frage des bäuerlichen Einkommens. In Frankreich begannen die Proteste ausserhalb der Gewerkschaften. Weder die FNSEA (die Mehrheitsgewerkschaft) noch die Confédération paysanne haben die Bewegung in Gang gesetzt. Es waren nicht gewerkschaftlich organisierte Bäuerinnen und Bauern, die im Januar mit der Blockade einer Autobahn in der Nähe von Toulouse begannen. Der Auslöser für die Proteste war das Auftreten einer neuen Rinderkrankheit, der Epizootischen Hämorrhagischen Krankheit (EHD). Aber das war nur der Funke, der das Feuer entfacht hat; die Wurzeln der Wut liegen wie gesagt viel tiefer und hängen mit der sozioökonomischen Situation der Bauern und Bäuerinnen zusammen. Ab diesem Moment explodierte die Bewegung in ganz Frankreich. Andere Bäuerinnen und Bauern schlossen sich der Bewegung an.

Warum, glaubst du, hat sich diese Wut jetzt entladen?

Ehrlich gesagt kann ich diese Frage nicht beantworten. Die Proteste könnten ein reiner Zufall sein, aber eins ist klar: Die Situation der Bauern und Bäuerinnen wird immer schlimmer. Das ist sicherlich der Grund, warum die Bewegung so grosse Ausmasse angenommen hat. Die Verkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert, aber es gab eine hohe Inflation und einen enormen Anstieg der Produktionskosten. Diese Kluft wächst weiter. Vor allem durch den Krieg in der Ukraine und die COVID-19-Pandemie. Die Bauern und Bäuerinnen kommen einfach nicht mehr über die Runden.

Wie siehst du die Rolle der FNSEA in den Protesten? Wie überwindet deine Organisation, die Conf', dieses Kräfteverhältnis (oder auch nicht)?

Wie immer hat die FNSEA die Bewegung für sich vereinnahmt und einen Diskurs propagiert, nachdem alle Schwierigkeiten der Bauern und Bäuerinnen von sozialen und ökologischen Standards herrühren. Es stimmt, es gibt eine nicht zu bewältigende Bürokratie. Aber die europäischen Sozial- und Umweltstandards sind etwas Positives! Diese Standards sollten nicht aufgeweicht werden, sondern Importe

kontrolliert und unlauterer Wettbewerb bekämpft werden. Über das Problem sind sich alle einig: Die Bauern und Bäuerinnen können nicht gut von ihrer Arbeit leben. Die Lösungsvorschläge gehen jedoch auseinander. Im Gegensatz zu der Conf' und ECVC will die FNSEA an der Logik des freien Marktes festhalten. Wir von der Confédération paysanne wissen aber, dass wir es nie schaffen werden, auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein. Das ist an sich kein Problem, aber wir müssen unsere europäischen Landwirt*innen mit Instrumenten wie variablen Grenzabgaben oder öffentlichen Lagerbeständen schützen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Positiv ist, dass wir - als die Conf' sich der Bewegung anschloss - das Gefühl hatten, dass die bäuerliche Basis eher mit uns übereinstimmt. Es ist eine Minderheitselite der FNSEA, die versucht, den öffentlichen Diskurs zu manipulieren, um ihre Interessen als Grossgrundbesitzer voranzutreiben. Die Bauern und Bäuerinnen sind nicht anti-ökologisch, sie sind die ersten, die von den Auswirkungen von Pestiziden und dem Klimawandel betroffen sind!

Wie wurden diese ideologischen Unterschiede von der Regierung aufgenommen?

Die französische Regierung hat fast nur auf die FNSEA gehört und viele ökologische Massnahmen gestoppt. Wir haben versucht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch Aktionen vor Ort zu erregen, was insofern gut funktioniert hat, als einige nicht gewerkschaftlich organisierte Landwirt*innen oder andere Gewerkschaften die problematische Rhetorik der FNSEA wahrgenommen haben. Auf diese Weise konnten wir neue Mitglieder rekrutieren und unsere Forderungen verbreiten. Eine weitere entscheidende Strategie, um unseren Werten Gehör zu verschaffen und ihnen mehr Gewicht zu verleihen, besteht darin, breite Allianzen mit der Zivilgesellschaft zu schmieden. Das beste Beispiel dafür sind die Soulèvements de la Terre (dt: Aufstände der Erde).

Werfen wir einen Blick auf den grösseren europäischen Kontext: Wie siehst du die Bewegung in anderen Ländern?

Auf europäischer Ebene haben die Mitglieder von ECVC alle mehr oder weniger die gleichen Forderungen. Der Ausgangspunkt ist fast immer das bäuerliche Einkommen. Von da aus kann es zu Abweichungen kommen, in Deutschland zum Beispiel, wo der Fokus auf dem Kampf gegen die Vereinnahmung der Bauernbewegung durch Rechtsextreme lag. Die ABL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, ebenfalls Mitglied von ECVC) hat enormen Einsatz geleistet und sich weit über ihre üblichen Netzwerke hinaus Gehör verschafft, vor allem durch junge Menschen.

Hast du Hoffnung, die mit den Protesten verbunden ist? Wie siehst du die Zukunft der Bewegung?

Es gibt zweifellos einige positive Ansätze. Ich bin zum Beispiel zuversichtlich, dass wir die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten zumindest kurzfristig blockieren werden. Was Frankreich betrifft, glaube ich auch, dass die Conf' bei den nächsten Wahlen der Landwirtschaftskammern an Gewicht gewinnen kann. Es gibt viele kleine Bauernhöfe, die erkannt haben, dass die FNSEA sie nicht wirklich vertritt und völlig losgelöst von der Realität der Kleinbäuerinnen und -bauern ist. Bisher war die FNSEA die unangefochtene Mehrheitsgewerkschaft. Eine grössere Repräsentativität würde es uns ermöglichen, der Landwirtschaft in Europa eine alternative Stimme zu verleihen: Es gibt noch viel zu tun! •



... DAS BÄUERLICHE EINKOMMEN. »

FÜR EINEN EFFIZIENTEN ZOLLSCHUTZ

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND SEKRETÄR UNITERRE

Die jüngsten bäuerlichen Proteste haben uns daran erinnert, wie stark die inländische Produktion von einer effizienten Regulierung von Importen abhängt.

Uniterre fordert vom Bundesrat einen verstärkten Grenzschutz für alle landwirtschaftlichen Produkte, um dem durch Importe verursachten systematischen Sozial-, Wirtschafts- und Umweltdumping entgegenzuwirken. Es müssen Massnahmen bei den Einfuhrkontingenten, Zolltarifen, beim 2-Phasensystem für Frischobst und -gemüse sowie bei der Kontrolle der Produktionsstandards ergriffen werden.

DER BUND LEHNT VERBESSERUNGEN IN DIESEN BEREICHEN WEITERHIN AB und verteidigt lieber die WTO-Abkommen und Freihandelsabkommen, die er reihenweise unterzeichnet (Indien, Malaysia, Vietnam, Mercosur, EU). An dieser Stelle müssen zwei grundlegende Aspekte in Erinnerung gerufen werden. Erstens: Die Schweiz importiert pro Kopf am meisten Nahrungsmittel. Zweitens: Besteht das Prinzip eines Abkommens darin, dass es neu verhandelt werden kann.

Die Schweiz besitzt genügend Spielraum, um dies zu tun. Die Sichtweise, welche die Forderung nach Sozial- oder Umweltstandards als Handelsverzerrung versteht, ist inakzeptabel und eine Erpressung. Gemäss Uniterre muss die Landwirtschaft sofort von den Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden. Und zur Erinnerung: 2018 hat der Bund die UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP) angenommen. Diese beinhaltet insbesondere auch wirtschaftliche Rechte.

DER SCHUTZ DES EINHEIMISCHEN MARKTES DURCH ZÖLLE ist ein vom Bund angewendetes Werkzeug, um das Preisniveau auf dem einheimischen Markt zu regulieren und zu schützen. Ohne einen solchen Schutzmechanismus gäbe es kaum noch eine Schweizer Produktion, da die Kosten im Schweizer Wirtschaftsumfeld im Vergleich zu anderen Ländern deutlich höher sind. Abgesehen von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auch klimatische und topografische Faktoren und die damit verbundene eher kleinstrukturierte Landwirtschaft Gründe für höhere Kosten.

UM EINE FAIRE ENTLÖHNUNG und eine wirtschaftlich stabile Versorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können, muss dieser Schutz Preise garantieren, welche die Produktionskosten decken. Eine bäuerliche Landwirtschaft und ein nachhaltiges Ernährungssystem sind ohne faire Entlohnung nicht überlebensfähig!

Das Zollschutzniveau muss nach einem Mindestpreissystem festgelegt werden, das sich an den durchschnittlichen einheimischen Produktionskosten orientiert und eine faire

Entlohnung der bäuerlichen Arbeit berücksichtigt. Uniterre schätzt dieses Einkommen auf 40 Franken pro Stunde.

Die Einfuhrmengen müssen an die Entwicklung des einheimischen Konsums und an die Produktionskapazitäten der Schweizer Landwirtschaft gekoppelt werden. Bei der Gewährung von Einfuhrkontingenten muss die Inlandproduktion nach wie vor im Zentrum stehen und berücksichtigt werden.

DIE UMGEHUNG VON EINFUHRKONTINGENTEN DURCH DEN IMPORT von Fertigprodukten (industrielle Backspezialitäten wie Gipfeli oder tiefgefrorenes Brot), die heute 25 Prozent der Gesamtmenge des Weizenverbrauchs ausmachen, muss abgelehnt werden. Dies muss auch für Nebenprodukte wie beispielsweise Weizenstärke gelten, deren Kontingente oft umgangen werden. Schliesslich muss das 2-Phasensystem, das es ermöglicht, während der inländischen Produktionsaison einen Zollschutz auf Früchte und Gemüse zu erheben, regelmässig an Anbautechniken und das Klima angepasst werden.

UM ALLFÄLLIGE ÜBERPRODUKTIONEN aufgrund besserer Produktionspreise zu vermeiden, sollte der Bund Verträge zwischen den Produzent*innen und Käufer*innen fordern, in denen Menge, Qualität, Preis, Zeitplan und Vorauszahlungsmodalitäten festgelegt werden. Diese Verträge dürfen keinen Hof aufgrund seiner Grösse benachteiligen.

Darüber hinaus müssen die steigenden Ausgaben in einem Haushalt für Lebensmittel durch einen vereinbarten Transfer (1) an die Konsument*innen ausgeglichen werden – so, dass die Lebensmittelproduktion wieder aufgewertet wird und das Recht auf eine angemessene Ernährung für alle gewährleistet ist. •

1 Z.B. Sozialversicherung für nachhaltige Lebensmittel
www.agrarinfo.ch/de/gesellschaft/politik/sozialversicherung-lebensmittel/

"UND WAS MEINT IHR ?"

Solange die Proteste gegen Grüne und Linke gehen, beklagt wird, dass man ökologische Standards einhalten müsse, habe ich wenig Verständnis. Ich erwarte von Uniterre eine Aufklärung darüber. F.K.

KLIMA-KLAGE: MEHR MUT UND WENIGER UNTÄTIGKEIT

ALBERTO SILVA
SEKRETÄR UNITERRE UND GEMÜSEBAUER

Bäuerinnen und Bauern, Winzer*innen, Gemüse- und Obstbauern und -bäuerinnen aus der ganzen Schweiz, vertreten durch die Klima-Anwält*innen, haben beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) eine Klageschrift eingereicht. Darin fordern sie die Behörden auf, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen und so ihre internationalen und nationalen Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen wahrzunehmen.

NAHRUNGSMITTELPRODUZENT*INNEN SIND UNMITTELBAR UND ZUERST VOM KLIMAWANDEL BETROFFEN. Die Zunahme extremer Wetterereignisse (Dürre, Hagel, Überschwemmungen) führt zu einem Druck auf die natürlichen Ressourcen und damit auf die Produktionsmittel. Die Folgen sind erhebliche Ernteauffälle und Umsatzeinbussen, welche die bäuerlichen Familien noch schneller in die Prekarität abrutschen lassen. So werden die Bäuerinnen und Bauern neben beschämend tiefen Preisen für landwirtschaftliche Produkte bei ihrer täglichen Arbeit zusätzlich unter Druck gesetzt.

DAS ZIEL DIESER KLAGE BESTEHT KEINESWEGS DARIN, zusätzliche Belastungen für Bauernfamilien zu schaffen. Was den Umweltschutz angeht, wird den Bäuerinnen und Bauern schon viel abverlangt. Es ist an der Zeit, auch die anderen Wirtschaftssektoren (Transport, Finanz- und Wohnungswesen usw.) im gleichen Masse in die Pflicht zu nehmen, um die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz zu erhalten.

WIR FORDERN DAHER VON DER POLITIK MUT, die Entwicklung und den Erhalt einer lokalen, nachhaltigen und widerstandsfähigen Landwirtschaft zu fördern, die mithilft, unser Ernährungssystem wieder mehr lokal zu verankern. Die staatliche Untätigkeit drückt sich einerseits in fehlender Unterstützung und Begleitung beim Aufbau kurzer Kreisläufe aus; andererseits in der Tatsache, dass das landwirtschaftliche System vor allem industriellen Grossunternehmen nützt, die auf Kosten der Lokallandschaft Milliarden einstecken. Der Staat handelt unverantwortlich und wälzt die Kosten auf die Bäuerinnen und Bauern ab. Zusätzlich zu den Bemühungen in den anderen Wirtschaftssektoren muss der Bund unbedingt seine Unterstützung gegenüber der bäuerlichen Landwirtschaft ausbauen, um bewährte Praktiken, die bereits jetzt im Kampf gegen die Klimaerwärmung wirksam sind, dauerhaft zu unterstützen. Bäuerinnen und Bauern sind bereit, doch ihre wirtschaftliche Nachhaltigkeit muss besser abgesichert werden, damit sie ihre Rolle in unserer Gesellschaft wahrnehmen können. Faire Preise sind der erste Schritt zu einer wirklich nachhaltigen Landwirtschaft. •

Der Text zur Klageschrift ist auf folgendem Link einsehbar:
avocatclimat.ch/documents

"UND WAS MEINT IHR ?"

Ich bin sehr ambivalent den Protesten gegenüber. Gewisse Themen, wie angemessene Preise sind sicher berechtigt und wichtig. Wenn aber ökologische Leistungen abgeblockt werden mit dem Argument, es gehe jetzt um die Steigerung der Produktion und Wertschöpfung, und wir Bauern hätten jetzt genug für die Ökologie gemacht, dann finde ich es schon fast ein bisschen zum Verzweifeln. Ist nicht die ganze Effizienzsteigerung und Intensivierung mit ein Grund für den Druck, den Landwirte verspüren?

Meiner Meinung nach sind die Proteste im Moment ein ganz heisses Eisen, da differenziert und pointiert mit Argumenten durchzudringen ist wohl nicht ganz einfach. K.



ÖKOLOGIE UND BAUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND SEKRETÄR UNITERRE

Die bäuerlichen Proteste der vergangenen Wochen haben unter anderem die ökologischen Massnahmen als zu übertrieben angeprangert. Dabei sind Bäuerinnen und Bauern doch per se ökologische «Handwerker*innen». Welche Ansätze gibt es, um diese Gleichung aufzulösen? Ernährungssysteme sind nicht nur das Herzstück unserer Kulturen, sondern auch von Gesellschaftsentwürfen. Sie sind Teil der Allgemeinheit und der Territorien, von denen sie getragen und im Sinne der Ernährungdemokratie ausgewählt werden.

BEVOR DIE BAUERLICHE LANDWIRTSCHAFT VOM ERDÖL ABHÄNGIG WURDE, stützte sie sich lange Zeit auf (durch Tier- und Pflanzenwelt) umgewandelte Sonnenenergie. Sie passte sich an Territorien an, ehe sie sich davon löste und in Richtung einer Hors-sol-Landwirtschaft entwickelte, die von der Industrie abhängig ist. Ein Prinzip bäuerlicher Landwirtschaft ist es aber, dass die Bevölkerungen das Recht auf Ernährungssouveränität haben und die landwirtschaftliche Produktion so ausrichten, dass damit vor allem die Lokalbevölkerung ernährt werden kann. Die natürlichen Elemente wie Wasser, Boden, Luft oder Biodiversität sind die Grundlagen bäuerlicher Arbeit und müssen so geschützt werden, dass sie von den nachfolgenden Generationen dauerhaft weitergenutzt werden können. Betriebe mit Mischkulturen und Viehhaltung erlauben es, die Nahrungsmittelproduktion in diesen natürlichen Zyklus einzubetten. Diese kultivierte (und gelebte) Biodiversität von Tier- und Pflanzenpopulationen muss von den Bäuerinnen und Bauern erhalten, weitergegeben und bereichert werden. Der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, ihre Fähigkeit, CO₂ zu speichern, die Reduktion von Treibhausgasemissionen und ein effizienter Umgang mit Energie verdienen viel Aufmerksamkeit angesichts der Entwicklung landwirtschaftlicher Praktiken.

Im Durchschnitt sind die Erträge im Bio-Landbau um 20 Prozent kleiner als im konventionellen Anbau, allerdings mit starken Schwankungen. Auf internationaler Ebene würde dies zu einer Ausweitung der Anbauflächen auf Kosten des Waldes führen, was wiederum einen negativen Einfluss aufs Klima hätte. Zahlreiche Studien zeigen aber auf, dass sich diese Ertragsunterschiede dank Agrarforschung und Züchtung verringern werden. Gleichzeitig müssen wir aber auch Lebensmittelverschwendung reduzieren und unsere Ernährungsgewohnheiten anpassen. Geringere Erträge könnten so gut kompensiert werden. Doch selbst beim Verzicht auf synthetische Düngemittel bleibt eine Stickstofflücke zu schliessen. Die aktuellen Lösungen wie jene einer «konservierenden» Landwirtschaft und der Anbau von Leguminosen sind aber noch unzureichend. (1)

EINE FRAGE DER KOSTEN. Durchschnittlich sind die Produktionskosten basierend auf den erwähnten Prinzipien ungefähr 30 Prozent höher als im konventionellen Anbau. Deshalb müssen erhöhte Qualitätsstandards in der landwirtschaftlichen Produktion flächendeckend sowie der Zugang der gesamten Bevölkerung zu gesunden Lebensmitteln verteidigt werden. Nur so kann die gesamte landwirtschaftliche Produktion und mit ihr die Ernährungssysteme von den Dynamiken der Industrialisierung entkoppelt werden. Die Massnahmen der Agrarpolitik beinhalten zwar einige gute landwirtschaftliche Praktiken wie Fruchtfolge, Bodenbedeckung oder Düngerbilanz. Die gleiche Politik sorgt aber mit dem System der Direktzahlungen dafür, dass die Nahrungsmittelproduktion von der «ökologischen Produktion» entkoppelt wird. Wirtschaftliche und soziale Fragen, die bei der Wahl eines Ernährungssystems zentral sind, werden so durch Kontrollpflichten und technische «Lösungen» ersetzt, die den Bäuerinnen und Bauern einseitig aufgezwungen werden. Hinzu kommt, dass die finanziellen Mehrkosten oft zulasten der Bäuerinnen und Bauern gehen.

AKTUELLE ÖKOLOGISCHE MASSNAHMEN DER AGRARPOLITIK. Beiträge werden ausgerichtet, wenn die Anforderungen des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) auf dem gesamten Betrieb erfüllt sind (Art. 11 DZV). Sie betreffen gleichermaßen die Haltung von Nutztieren, Biodiversitätsförderflächen, den Schutz natürlicher Lebensräume und die angepasste



Auswahl von Kultursorten. Sie tendieren jedoch dazu, sich immer mehr als «Beitragsupermarkt» zu präsentieren, in dem Bäuerinnen und Bauern gezwungen sind, freiwilligen Programmen beizutreten, um die zu tiefen Preise der verkauften Produkte zumindest teilweise ausgleichen zu können. Die Praxis einer in der Region verwurzelten bäuerlichen Landwirtschaft ist jedoch keine künstliche Anhäufung von mehr oder weniger tugendhaften Praktiken. Sie ist ein ganzheitlicher Ansatz und das Ergebnis von tausenden Jahren Entwicklung und Anpassung. Als Fazit kann festgehalten werden, dass unser aktuelles System eine schizophrene Sicht auf unsere Nahrungsmittelproduktion aufrechterhält: Man möchte uns glauben lassen, dass Nahrungsmittel nachhaltig, gesund, billig und gleichzeitig in Hülle und Fülle verfügbar sein können. Diesen Mythos müssen wir schnellstmöglich aufgeben. •

QUELLE:

1 Reganold, John P.; Wachter, Jonathan M.; Organic agriculture in the twenty-first century. 2016. NATURE PLANTS | VOL 2 | Februar 2016 | www.nature.com/natureplants

"UND WAS MEINT IHR?"

Wir müssen uns speziell und vehement gegen die ausufernde Bürokratie wehren, macht weiter so. K.P.

Immer günstiger produzieren. Mit weniger Mitteln, das ist ein Frust, den ich verstehe. Aber jetzt kommt der Frühling. Alle gehen wieder ihren Geschäften nach. Ich zitiere gerne Prévert: *Diejenigen, die die Kühe melken und die Milch nicht trinken, (...) diejenigen, die in den Kellern die Stifte herstellen, mit denen andere im Freien schreiben werden, auf dass sich alles zum Besten wendet.* J.A.

DIE DRINGLICHKEIT, DIE BAUERLICHEN EINKOMMEN ZU VERBESSERN

ALBERTO SILVA
SEKRETÄR UNITERRE UND GEMÜSEBAUER

Seit Beginn der jüngsten Bauernmobilisierungen in Europa und auch in der Schweiz werden viele Forderungen gestellt: ökologische Standards, Bürokratie, Auflagen etc. Tatsächlich ist es die Frage der bäuerlichen Einkommen, die in den Mittelpunkt der Aktionen gestellt werden muss. Um die Situation zu verstehen, ist ein kleiner Umweg über Zahlen notwendig:

- 6,3%: Der Rückgang des landwirtschaftlichen Arbeitsverdienstes pro Familienarbeitskraft (Vollzeitäquivalent) im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr.
- CHF 4'675.-: das durchschnittliche Monatseinkommen in der Landwirtschaft. Zum Vergleich: das durchschnittliche Einkommen in der Schweiz beträgt CHF 5'503.-.
- CHF 17.-/h: durchschnittlicher Stundenlohn in der Landwirtschaft in allen Regionen.
- 31%: Anteil des ausserlandwirtschaftlichen Einkommens für Bauernfamilien am Gesamteinkommen

Anfang März 2024 hat der Bundesrat einen Bericht über die Einkommen von Bauernfamilien veröffentlicht. Die Ausrichtung der Regierung überrascht uns kaum: Um die Situation zu verbessern, sollen Innovationen gestärkt, der Wettbewerb entlang der Wertschöpfungsketten ausgebaut und Dienstleistungen (ausserhalb der landwirtschaftlichen Produktion) diversifiziert werden. Es werden betriebswirtschaftliche Kompetenzen gefordert und von den grossen Handelsketten freiwillige Massnahmen erwartet.

MAN ERFÄHRT AUCH, DASS ES ZUM TEIL DIE EIGENE SCHULD IST, wenn der Bauer oder die Bäuerin weniger verdient, weil er oder sie nicht weiss, wie man einen Hof führt... Diese Überbetonung der Verantwortung des Einzelnen ist bevormundend und paternalistisch und sagt absolut nichts über die systemischen Zwänge und die Entwicklung des Marktes aus. Diese Situation ist die Folge der politischen Entscheidungen zur Liberalisierung der Agrarmärkte seit den 1990er Jahren.

Des Weiteren sollten Bauernfamilien nicht mehr gezwungen sein, nach Einkommensquellen ausserhalb der Höfe zu suchen. Die Strukturen der Nahrungsmittelproduktion müssen wirtschaftlich nachhaltig sein. Durch den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Markt sollte ein würdiges Einkommen erzielt werden können. Dazu müssen die Geschäftspraktiken der grossen Detailhändler kontrolliert werden, damit die beiden orangefarbenen Riesen (die zusammen fast 80% des Marktvolumens kontrollieren) nicht mehr ihre Einkaufspreise diktieren können. Die Preise müssen zwingend die Produktionskosten decken, was derzeit bei weitem nicht der Fall ist! Die Marktkonzentration in der Schweiz ist so hoch, dass die Landwirt*innen mit immer niedrigeren Preisen und unfairen Vertriebsbedingungen konfrontiert sind, während die Konsumierenden die Preise in den Regalen steigen sehen.

LAUT ART. 5, ABS. 2 DES LANDWIRTSCHAFTSGESETZES MUSS DIE REGIERUNG Massnahmen ergreifen, wenn das Einkommen der Landwirt*innen deutlich unter dem der übrigen Bevölkerung liegt. Die Statistiken zeigen, dass dies bereits die Realität ist, und die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verbesserungsmöglichkeiten sind völlig unzureichend! Ein höheres Einkommen zu erzielen, bedeutet unweigerlich, auf den Märkten besser bezahlt zu werden. Und das kann nur durch die Entwicklung politischer Massnahmen gewährleistet werden, die die Bauern und Bäuerinnen (unabhängig von der Grösse des Hofes) schützt, die Handelspraktiken der grossen Handelsketten reguliert, auf den öffentlichen Märkten interveniert und den Wohlstand verteilt. Der gesamte Berufsstand der Landwirt*innen braucht dringend faire Preise, die die Produktionskosten decken, einen stärkeren Zollschutz und Transparenz entlang der gesamten Agrar- und Lebensmittelketten.

WIR KÖNNEN UNS DEN LUXUS DES WARTENS NICHT MEHR LEISTEN. Wenn nichts geschieht, wird sich die Lage in Zukunft wahrscheinlich noch weiter verschlechtern. Wir stehen vor einer wichtigen politischen Entscheidung: Wir müssen dem Dogma des freien Marktes den Rücken kehren und uns nicht länger hinter dem Handelsgeheimnis verstecken. Wir wollen nicht unbedingt einen stärkeren Staat, sondern einen anderen Staat, der die Machtverzerrungen auf den Agrarmärkten beseitigt. •

WEITERFUHRENDE QUELLE:

Einkommen der Bauernfamilien, Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 21.4585 Bulliard (1. März 2024)

BÄUERLICHE PROTESTE - AUCH EINE FOLGE DER AGRARREFORMEN

DR. PETER MOSER
LEITER DES ARCHIVS FÜR AGRARGESCHICHTE

Wieso gehen Bauern und Bäuerinnen in ganz Europa auf die Strasse? Nicht nur, aber auch wegen den Problemen, die die Agrarreformen der letzten drei Jahrzehnte produzierten.

MIT DEN IN DEN FRÜHEN 1990ER JAHRE EINSETZENDEN, bis heute fortgeführten Reformen der Agrarpolitik wollte (und will) man zwei Ziele erreichen: Erstens im Inland die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft verringern und zweitens die Produktion von Nahrungsmitteln durch Märkte steuern lassen. Davon versprach man sich eine «grünere» Schweiz und (noch) billigere Nahrungsmittel. Der Slogan zur politischen Umsetzung dieser doppelten Zielsetzung hiess: «Mehr Markt und mehr Ökologie». Das Resultat war denn auch nicht eine Liberalisierung, sondern eine Re-Regulierung des Agrarsektors: In der Schweiz sollte mit einem Netz an Auflagen, Vorschriften und Anreizen dafür gesorgt werden, dass nicht mehr Nahrungsmittel, sondern «mehr Ökologie» produziert wird. Da es aber kaum eine Nachfrage nach «Ökologie» auf den Märkten gibt, erklärte man die «Ökologie» zum öffentlichen Gut, das mit Direktzahlungen gesteuert werden sollte.

WAS POLITISCH ÄUSSERST ERFOLGREICH WAR – die Reformen wurden auch in Volksabstimmungen wiederholt legitimiert -, bot Bauern und Bäuerinnen auf den ersten Blick auch neue Chancen: Betriebe, die sich auf die Erbringung von Ökodienstleistungen oder die Produktion von Nahrungsmitteln spezialisierten, befeuerten sogar den neuen gesellschaftlichen Traum, mit monofunktionalen Betrieben eine multifunktionale Landwirtschaft zu schaffen. Aber in der landwirtschaftlichen Praxis verursachte die in der Poli-

tik so erfolgreiche Trennung von Ökologie und Produktion unlösbare Probleme, weil sich Natur und Kultur auf dem Feld und im Stall per Definition nicht trennen lassen. Eine Reproduktion von Pflanzen und Tieren zur Herstellung von Nahrungsmitteln ist längerfristig nur unter der Respektierung ökologischer Kreisläufe, nicht der Einhaltung administrativer Vorschriften möglich. Und jede von der Politik als «ökologisch» definierte Dienstleistung hat im Agrarbereich die Reproduktion von Tieren und Pflanzen zur Folge. Bauern und Bäuerinnen können in ihrer Tätigkeit Ökologie und Nahrungsmittelproduktion gar nicht trennen, sie können deshalb auch nicht einfach entweder mehr Biodiversität oder mehr Nahrungsmittel produzieren.

DIE FÜR DIE NEUE AGRARPOLITIK KONSTITUTIVE TRENNUNG VON ÖKOLOGIE und Produktion verursachte aber nicht nur in der landwirtschaftlichen Praxis unlösbare Probleme. Sie hat zugleich auch viel zur zunehmend einseitigen Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen sowohl von den Abnehmern ihrer Produkte (Grossverteiler, Nahrungsmittelindustrie) als auch vom Staat geführt. Auch Bäuerinnen und Bauern, die sich selbst als Unternehmer*innen verstehen, sind heute Preisnehmer, die auf den Märkten kaum mehr über Verhandlungsmacht verfügen. Und politisch sind sie immer mehr von der Definitionsmacht von Expert*innen abhängig geworden, die Natur und Kultur als Gegensatz konzipieren und unter Ökologie ein messbares, stabiles Produkt, nicht vielfältige, kaum kontrollierbare Prozesse verstehen. Diese Erwartungshaltung können Bauern und Bäuerinnen auch dann nicht erfüllen, wenn sie das möchten. Denn sie sind «Heger, Pfleger und Töter» von lebenden Ressourcen, die

sie zur Nahrungsmittelproduktion nutzen und damit im Produktionsprozess wieder reproduzieren können. Und sie tun das für Menschen, die mit ihrem Konsumverhalten im Alltag «die Natur» verbrauchen, die sie am Sonntag entweder bestaunen oder konsumieren.

Wenn heute Bauern und Bäuerinnen mit den Arbeitsgeräten auf die Strasse gehen, die sie in den letzten drei Jahrzehnten zur Umsetzung der neuen Agrarpolitik auf ihren Betrieben erworben haben, könnte man das dazu nutzen, um erstens zur Kenntnis zu nehmen, wie die Landwirtschaft im neuen Agrar- und Ernährungspolitischen Regime geworden ist. Und zweitens, um danach zu fragen, was in den hochritualisierten agrarpolitischen Auseinandersetzungen offensichtlich ignoriert wird: Die Untrennbarkeit von Natur und Kultur. Auch die protestierenden Bauern und Bäuerinnen haben nicht einfach Rezepte zur Auflösung der Widersprüche und Probleme, aber im Unterschied zu allen anderen sind sie im Alltag mit diesen konfrontiert – und zwar unabhängig davon, ob es sich um Demeter-Bäuerinnen oder hochspezialisierte Lohnunternehmer handelt. Das ist ja auch der Grund, weshalb sich so unterschiedliche Bauern und Bäuerinnen an den Demonstrationen beteiligen. Sie tun dies nicht primär, weil sie identische Interessen haben, sondern weil sie mit den gleichen Problemen konfrontiert sind. Mit Problemen, die sie thematisieren möchten. Bezeichnenderweise sind es nicht (mehr) die landwirtschaftlichen Organisationen, die auch in der Umsetzung der neuen Agrarpolitik eine wichtige Rolle spielen, die die Proteste initiierten und orchestrieren, sondern Individuen und neue, oft spontan sich formierende Gruppierungen. •

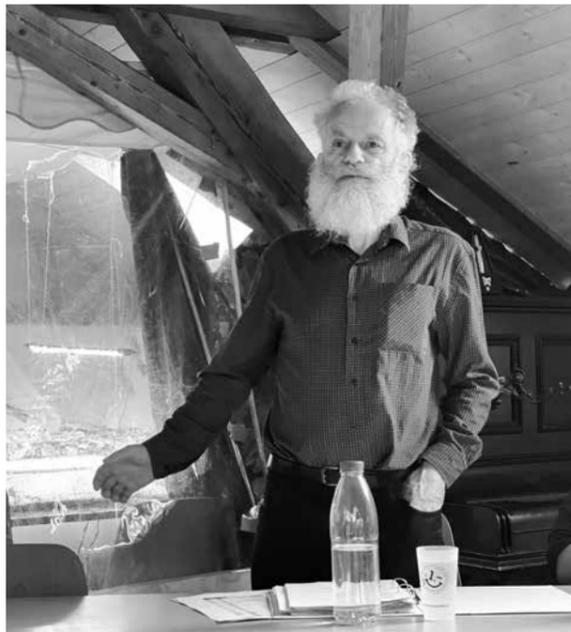
MITGLIEDERVERSAMMLUNG UNITERRE: EINFÜHRUNG DES PRÄSIDENTEN

MAURUS GERBER
PRÄSIDENT UNITERRE

In ganz Europa rebellieren die Bauern gegen die Agrarpolitik und fordern faire Produzentenpreise. Das ist gut so, aber die Forderungen von Uniterre sind nuancierter. Auch wir sind für faire, kostendeckende Preise, für anders gewichtete Direktzahlungen, gegen zunehmende Auswüchse der Bürokratur, aber wir sind nicht gegen vernünftige Regelungen zur Schonung der Ressourcen und der Umwelt und zur Förderung der biologischen Vielfalt.

DIE SCHWEIZER LANDWIRTSCHAFT IST IN EINEM GROSSEN DILEMMA: Einerseits die Agrarökologie, also Schonung von Umwelt, Boden, Ressourcen und Biodiversität, andererseits sollten wir auf schwindendem Kulturland eine stets wachsende Bevölkerung ernähren. Als Pünktchen auf dem i kommen immer wieder Initiativen, die unsere Landwirtschaft in Frage stellen.

ZUGEGBEN, IN DER VERGANGENHEIT HAT DIE LANDWIRTSCHAFT z.T. wenig Sorge getragen zu den Ressourcen, zum Boden und zur Umwelt. Gleichzeitig gilt es aber auch hervorzuheben, dass die Bauern in der Bewirtschaftung den Empfehlungen ihrer Dachorganisationen, der Agrarpolitik, der landwirtschaftlichen Schulen, der Forschung und der landwirtschaftlichen Betriebsberatung gefolgt sind. Es gab zwar immer einige wenige Betriebe, die sich schon früh um Umwelt und Böden Sorgen machten und Alternativen zur Agrochemie suchten und entwickelten. Doch diese wurden lange Zeit ausgelacht und als ewiggestrige Spinner hingestellt. Darum ist es zu einfach, wenn all die Initiativen nur die



Bäuerinnen und Bauern ins Gebet nehmen, während die eigentlich Schuldigen an der Misère, nämlich die Politik, die Dachorganisationen, die Forschung, die Bildung und die Beratung ungeschoren davonkommen.

ES IST DIE AGRO-INDUSTRIE, DIE UNS IN DIESE SACKGASSE GEFÜHRT HAT. Und es ist dieselbe Agro-Industrie, die sich als Schöpfergott aufspielt und uns mit salbungsvollen Versprechen die Gentechnik aufzuzwingen versucht. Aber nicht ganz uneigennützig, denn hinterher warten saftige Lizenzgebühren, die uns noch abhängiger machen. (siehe dazu Spalte rechts) Bleiben wir also auf der Lauer! Orientieren wir uns an den sicheren Werten der bäuerlichen Landwirtschaft und der Ernährungssouveränität! •

PETITION FÜR DIE VERLÄNGERUNG DES GVO-MORATORIUMS!

Der Verein für gentechnikfreie Lebensmittel, den Uniterre unterstützt, hat eine Online-Petition gestartet, um das Moratorium für GVOs zu verlängern. Dieses läuft Ende 2025 aus. Es ist notwendig, den Kampf gegen die mächtige Agrochemielobby fortzusetzen, bis gesetzliche Bestimmungen in Kraft sind, die Menschen, Tiere und die Umwelt vor Technologien schützen, deren Auswirkungen noch immer unklar sind. Darüber hinaus ist eine eidgenössische Volksinitiative in Vorbereitung, die im Herbst 2024 lanciert werden soll. Das GVO-Moratorium genießt weiterhin eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. •

Unterzeichnen Sie die Petition hier:
www.lebensmittelschutz.ch

UNSER SPENDENKONTO

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier
CCP de la Raiffeisen 17-1378-2

IBAN: CH23 8080 8002 5119 3914 1

UNITERRE
av. du Grammont 9
1007 Lausanne

UNITERRE ist von den Steuerbehörden Waadt als gemeinnützig anerkannt. Sie können Ihre Spenden an UNITERRE von Ihren Steuern abziehen.

MERCI!

DER KAMPF UM BASSENGES

ELINE MULLER
SEKRETÄRIN UNITERRE

Ein kollektiver Bauernhof, dessen Land und Gebäude der EPFL gehören, kämpft gegen das von der Hochschule angestrebte Hightech-Imperium. Es werden Verpflichtungen missachtet, die bei Abschluss des Pachtvertrags 2020 versprochen wurden.

NACH EINEM GEMEINSAMEN PROJEKTAUFRUF der Universität Lausanne (UNIL) und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) übernahm 2020 ein Kollektiv von Bäuerinnen und Bauern den Hof Bassenges in der Gemeinde Ecublens am Stadtrand von Lausanne. Nur wenige Pedaltritte vom Vortex, dem Swiss Tech Center, dem Rolex Center und anderen hypermodernen Gebäuden entfernt, ist der Hof dieses 300 Jahre alten Bauernhofs Schauplatz einer diversifizierten Low-Tech-Landwirtschaft, die Kreislaufwirtschaft mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fördert. Unter anderem dank der Anwesenheit zahlreicher Tiere, die auch als Zugtiere eingesetzt werden. Die über den Campus verteilten Anbauflächen werden vom Kanton über die UNIL und vom Bund über die EPFL, die auch Eigentümerin der vier landwirtschaftlichen Gebäude ist, an das Kollektiv verpachtet. Die acht Hektar umfassen Gemüseanbau, Weideflächen und eine Parzelle mit Agroforstwirtschaft. Neben dem Verkauf von Bio- und lokalen Produkten bietet das Team verschiedene Aktivitäten an und schafft somit eine gute Möglichkeit, diese Form der Landwirtschaft kennenzulernen.

"UND WAS MEINT IHR ?"

(...) Im Idealfall gelänge es, den Diskurs dahingehend zu beeinflussen, dass diese wütenden Bauern verstehen, auf wen sie eigentlich wütend sein müssten: den Kapitalismus bzw. den Neoliberalismus mit seinen Helfern. Denn was letztlich alle Menschen wollen, sind weder grosse Maschinen noch günstige Treibstoffe, sondern Anerkennung und faire Bezahlung für ihre Arbeit, Frieden und ein gewisses Mass an Gerechtigkeit. Das gelänge besser mit anderen Betriebsformen. Wütende Menschen zu erreichen, ist verdammt schwierig, es führt aber wohl kein Weg daran vorbei und Achtung, es gelingt meist denen am besten, welche einfache Parolen und Feindbilder bereit haben. Eine weitere grundlegende Erwartung ist deshalb tiefes und auf gegenseitiges Verständnis zielendes Zuhören. (...) M.

LEIDER IST DIESE OASE IN BASSENGES seit mehreren Monaten auch Schauplatz von Drohungen und Ängsten, die das Kollektiv untergraben. Nachdem Gerüchte die Runde machten, gab die EPFL im Sommer 2023 bekannt, dass der sechsjährige landwirtschaftliche Pachtvertrag für den Bauernhof möglicherweise nicht verlängert wird, da die Hochschule plant, das Gebäude zu renovieren, um dort ein Forschungszentrum für Grundlagenwissenschaften einzurichten. Tom Müller, Bauer und ehemaliger Student der EPFL, erinnert sich daran, dass er bei der Unterzeichnung des Pachtvertrags darauf bestanden hatte und von der Jury, die aus Mitgliedern der Direktion der UNIL und der EPFL bestand, mündlich versichert worden war, dass der Vertrag verlängert würde, wenn alles gut laufe. Anfang März 2024, nach dem Auftauchen verschiedener Architekten und dem Schweigen der EPFL, starteten die Bäuerinnen und Bauern eine Petition, für die bereits über 6'500 Unterschriften zusammengekommen sind. Trotz grosser Unterstützung, einer guten Medienberichterstattung und eines eingeschriebenen Briefs an die Leitung der EPFL antwortete diese dem Kollektiv nie direkt. Anfang April brüstete sich die Institution in einem Newsletter mit ihrer Grösse und ihren guten Absichten, ihr Agrarland weiterhin in den Dienst der Biodiversität zu stellen. Damit bewies sie eine völlige Unkenntnis der landwirtschaftlichen Realitäten: Wie kann man ein landwirtschaftlicher Betrieb sein, wenn man keine Gebäude hat? Wie kann man Schafe haben, ohne ihnen Unterschlupf zu bieten und das Heu im Winter lagern zu können? Und was ist mit dem Leben, das an diesem Ort verwurzelt ist?

„Wir haben das Gefühl, überhaupt nicht geschätzt zu werden, dass wir nur eine Figur auf dem politischen Schachbrett sind. Es geht nicht nur darum, dass man einen Job verliert, wir haben unser ganzes Leben in diesen Ort investiert. Auf dem Hof werden Kinder geboren, Lehrlinge ausgebildet, Beziehungen zu Studierenden und der Nachbarschaft geknüpft. Unsere Berufe werden missverstanden und unser Leben weggefegt. Wie überall in der Schweiz scheinen die Institutionen das Leben und die Arbeit der Landwirte und Landwirtinnen zu missachten. Schliesslich wird unser Weg das Ende dieses etablierten Landwirtschaftssystems einläuten. Wenn der Vertrag an einen oder eine Landwirt*in aus der Region vergeben wird, wird die einzige tragfähige Lösung die Rückkehr zu einer einzigen Kultur sein und damit zu dem, was die EPFL und die UNIL angeblich hinter sich lassen wollten.“

TOM UND SEINE KOLLEG*INNEN SIND SAUER, und wir verstehen sie. Aber die Geschichte überrascht uns eher weniger, denn die EPFL ist in der Tat beispielhaft für die Tendenz des Privatspektors, der Institutionen und der Körperschaften, ihr Image aufzupolieren, indem sie ein bestimmtes Bild der Landwirt-

"UND WAS MEINT IHR ?"

(...) Was ich erwarte, ist, dass die Politik endlich Verantwortung übernimmt und den Problemen an die Wurzeln geht. Wir brauchen v.a. faire Preise und weniger Bürokratie. Was uns als Quereinsteigern für Steine in den Weg gelegt werden, ist unglaublich. Meine Erwartung an ein kantonales Landwirtschaftsamt wäre aber genau das Gegenteil: Wow, da kommen junge motivierte Menschen, deren Konzept echt nach nachhaltiger Veränderung klingt, schauen wir, wie wir sie unterstützen können. (...) M.

schaft instrumentalisieren. Dieser Trend, den man als Agri-washing bezeichnen kann, scheint auf dem Vormarsch zu sein. Unter dem Vorwand, eine bestimmte, von den Konsument*innen oder Wähler*innen bevorzugte Landwirtschaft zu verteidigen, verkaufen orangefarbene Grossverteiler Eier von glücklichen Hühnern, die von glücklichen Bauernfamilien auf idyllischen Bauernhöfen gehalten werden. Stadtverwaltungen und Hochschulen unterstützen agrarökologische, innovative, integrative und CO2-neutrale Projekte, die von dynamischen und glücklichen jungen Menschen getragen werden... Die EPFL wurde im Übrigen bereits von Unipoly, der Studentenvereinigung für eine solidarische Ökologie auf dem Campus der Unil und der EPFL, an den Pranger gestellt. Den Bauernhof durch das Centre Bernoulli zu ersetzen, widerspricht dem Leitbild der Hochschulen. Diese Nutzungsänderung würde insbesondere gegen eines seiner Ziele (N3: Landwirtschaft nach Betreiber/nach Nutzer) verstossen, das darin bestand, „ein Gesamtkonzept für eine naturnahe städtische Landwirtschaft zu entwickeln“.

AUS ALL DIESEN GRÜNDEN - und weil Bassenges ein Modell für die Bauernhöfe ist, die wir überall wachsen sehen möchten, anstatt von einem Tag auf den anderen vom 24-Karat-Bulldozer des Techno-Utopismus vernichtet zu werden - schliesst sich Uniterre den Bäuerinnen und Bauern von Bassenges an und fordert, dass die Umnutzung des Bauernhofs in das Bernoulli-Zentrum aufgegeben wird und dass die landwirtschaftliche Funktion des Bauernhofs in den Statuten der EPFL verankert wird. Wir werden am Freitag, den 28. Juni, bei der Übergabe der Petition anwesend sein. •

WEITERE INFORMATIONEN (FR):

www.fermedebassenges.ch
www.openpetition.eu/!bassenges



UNITERRE: RÜCKBLICK

AUF UNSERE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND SEKRETÄRIN UNITERRE

Rund 20 Mitglieder fanden den Weg auf den Falbringenhof vor den Toren Biels, um an der ordentlichen Generalversammlung unseres Vereins teilzunehmen. Auf der Tagesordnung standen neben den rein statutarischen Elementen auch die Ergänzungswahlen in den Vorstand und reichhaltige Diskussionen über aktuelle Themen.

DER FALBRINGENHOF ist ein kleiner, didaktischer Demeter-Bauernhof, der an die Stadt Biel angrenzt und einen idealen Rahmen für die Durchführung unserer Versammlung am 5. April, einem wunderschönen Frühlingstag, bot. Unter der Leitung des Präsidenten Maurus Gerber und des Sekretariats bot die GV erstmalig die Gelegenheit, auf die europäischen und schweizerischen Protestbewegungen zurückzukommen, die in den letzten Wochen die Nachrichten beherrschten.

VIELE BEREICHERNDE AKTIVITÄTEN. Die Mitglieder hatten anschliessend die Gelegenheit, die sehr breite Palette an Aktivitäten (wieder) zu entdecken, die das Uniterre-Jahr prägten. Der Höhepunkt war sicherlich die Kampagne für faire Preise, die vom 17. August bis zum 2. November mit zahlreichen Veranstaltungen an verschiedenen Orten in der Romandie und der Deutschschweiz durchgeführt worden war. Aber auch die Veröffentlichung der Broschüre zum Thema Zugang zu Land, „Das Land denen, die es bewirtschaften!“, erzeugte eine unglaubliche Begeisterung. Dieses gross angelegte Projekt ermöglichte es Uniterre ausserdem, eine bedeutende Finanzierung von der Stiftung pour le Progrès de l'Homme zu erhalten. In der Tat ist der Zugang zu Land, insbesondere für Kollektive, nun ein vorrangiges Thema unserer Tätigkeit. Zum ersten Mal seit vielen Jahren überstieg die Zahl der neuen Mitglieder die Zahl der Austritte. Dies ist ein ermutigender und erfreulicher Befund, der uns optimistisch in die Zukunft blicken lässt, trotz eines leicht defizitären Jahresabschlusses. Das Fundraising bleibt also ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt.

ZAHREICHE ANFRAGEN. Die politischen Sekretär*innen und der Vorstand haben auf die zahlreichen Anfragen verschiedener Medien reagiert, um das aktuelle Geschehen in der Landwirtschaft zu kommentieren und den einzigartigen Blick von Uniterre auf die Situation der Bauernschaft einzubringen.

Eine bemerkenswerte Tatsache, wenn man bedenkt, dass unsere Organisation nur knapp tausend Mitglieder hat. Dies zeigt, wie wichtig es ist, in der Landschaft der beruflichen Interessenvertretung Organisationen zu erhalten, die die Debatten mit alternativen Stimmen bereichern. Alle Pressemitteilungen sowie die Links zu den Reden unserer Sekretär*innen sind auf unserer Website verfügbar.

Darüber hinaus traten drei neue Personen und ein Landwirtschaftskollektiv dem Vorstand bei und sind hochmotiviert, an den Zielen von Uniterre mitzuarbeiten. Es handelt sich um Jordan Voirin, Martine Gerber, Emilie de Perrot und den Hof Ferme du Joran.

DEBATTE ÜBER AKTUELLE THEMEN. Nach der Essenspause erörterten die Mitglieder im Rahmen einer eher informellen Diskussion einige aktuelle Themen. Die Biodiversitätsinitiative, über die das Stimmvolk im September 2024 entscheiden wird, führte zu einem konstruktiven Austausch und zu einer Positionierung, deren Mitteilung demnächst veröffentlicht wird. Auch der Wolf sowie die Zukunft der Rinderzucht wurden angesprochen. Das vorläufige Protokoll der Versammlung wird in den kommenden Wochen online gestellt. In der Zwischenzeit steht das gesamte Team von Uniterre zur Verfügung, um Fragen zu beantworten. Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren! •

Maurus Gerber, Präsident
maurus.gerber@bluwin.ch
Vi 292, 7550 Scuol GR
Tel. 081 864 70 22

Philippe Reichenbach, Vizepräsident
boisdarbre1971@gmail.com
Tel. 079 640 89 63

Datum der nächsten Vorstandssitzung
Freitag, 28. Juni, 10h00-14h00, Biel



AGENDA

21. Mai, Podiumsdiskussion mit Uniterre zum Thema der bäuerlichen Proteste
18 Uhr, in der Zentralwäscherei Zürich

22. Mai, Netzwerktreffen Stadt Ernähren
19.00 – 21.00 Uhr, Der ORT, Marktgasse 34, Biel
Johanna Herrigel von der Stiftung Biovision «Territoriale Transformationspfade für agrarökologische Ernährungssysteme». Wie lassen sich diese Prinzipien in unsere lokale Landwirtschaft und ins Lebensmittelhandwerk integrieren?

25. Mai, St.Gallen, Sozial und Umweltforum
10-17 Uhr Gallusplatz & Klosterplatz
Alle Infos: sufhebt.ch/tagesplan.php

25. Mai, Fête la Laine
10-18 Uhr, route de l'aurore 6, 2053 Cernier
www.lainesdici.ch

Die Genusswoche 2024, im Herbst vom 12. bis 22. September
Mitmachen und Einschreiben bis zum 31. Mai!
Dieses Jahr ist Getreide das Thema.
www.gout.ch/de/

Alle Anlässe und Infos auf: www.uniterre.ch/agenda/

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich David Jacobson 076 562 03 26

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Katharina Schatton 078 740 17 89

Jura/JBerner Jura Büro Uniterre

Aargau Josef Kaufmann 062 775 12 42

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Boggini 079 339 82 07

Graubünden Kesang Bischoff 076 522 71 06

Deutschschweiz: Katharina Schatton 078 740 17 89

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung
Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Redaktion
Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Vanessa Renfer, v.renfer@uniterre.ch

Herausgeber, Verwaltung Mitgliederdatei
Claude Mudry, c.mudry@uniterre.ch
Syndicat Uniterre, Rue de Courtelary 11, 2720 Tramelan

Übersetzung
Stefanie Schenk
Pascoum's InTerreTexte (pascoum.net)
Bureau Uniterre

Fotos / Zeichnungen
Eric Roset 1,2,3,5,7
Brieuc van Elst, ECVC 2,4,
Uniterre 6,8

Bildbearbeitung
Markus Schönholzer

Druck
Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.